

Wolfsmilch

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeiterpartei in Polen

Abonnement: Monatlich 1,20 Zloty. — Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Dworcowa 11, durch die Filiale „Königshütte, Kronprinzenstrasse 6, sowie durch die Kolporture.

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zl. für die achtgespaltene Zeile, ausserhalb 0,15 Zl. Anzeigen unter Text 0,60 Zl., von ausserhalb 0,80 Zl. Bei Wiederholungen tarifliche Ermässigung.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Dworcowa 11

Fernsprech-Anschluss: Geschäftsstelle sowie Redaktion Nr. 1378

Sozialdemokratie gegen Heimwehrdiktatur

Abwehrbereit gegen jeden Staatsstreich. Dollfusspolitik unverändert. Nationalständische Front gegen Starhemberg. Zuspitzung der Verhältnisse in Oesterreich.

Oesterreich steht im Zeichen grosser Entscheidungen. Der letzte Sonntag war ausgefüllt von politischen Erklärungen, von denen die der Sozialdemokratie offen gegen jeden Staatsstreich der Heimwehren sich ausspricht und die Entschlossenheit der Abwehr zum Ausdruck bringt. In einer Konferenz der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften ist ein Kommuniqué abgefasst worden, in dem es heisst: „die österreichische Arbeiterklasse hat den festen Willen, den Kampf gegen den braunen Faschismus aufzunehmen. Obwohl die freie Meinungsäusserung stark beeinträchtigt ist, erklärt die Partei, dass sie auf alle Eventualitäten vorbereitet ist. Für den Fall eines gewalttätigen Angriffs des Heimwehrafaschismus sind alle erforderlichen Massnahmen bereits gefasst.“

Bedeutsam ist die Erklärung der „Nationalistischen Front“ durch Vizekanzler Winkler, der sich gegen die faschistischen Absichten Starhembergs wendet und gegen jede Diktaturabsichten sich ausspricht, aber ebenso gegen jede Art Sozialismus und Marxismus. Die Rede Starhembergs wird jetzt auch amtlich als eine Entgleisung bezeichnet und in einer Kundgebung Dollfuss dargelegt, dass er seinen bisherigen Kurs fortzusetzen bestrebt sein werde, um Beruhigung zu schaffen. Bei der Kundgebung Winklers in Graz kam es zu Zusammenstössen mit Nationalsozialisten, wobei es zwanzig Verletzte und etwa 120 Verhaftungen gab. Auch im Spital an der Drau kam es zwischen Heimwehren und Nationalsozialisten zu Zusammenstössen, wobei zahlreiche Verhaftungen gemacht wurden.

Brauner oder schwarzer Faschismus?

Die politische Situation in Oesterreich löst im Ausland immer grössere Besorgnisse aus. Nicht genug, dass die Beziehungen zwischen Berlin u. Wien keinerlei Entspannung erleiden, sondern sich von Tag zu Tag zuzuspitzen drohen, glaubt, trotz der „Vaterländischen Front“, jeder einzelne Politiker, einen besonderen Kurs einschlagen zu müssen, um die Rettung Oesterreichs als „selbständigen Bundesstaat“ durchzuführen. Und zu allem Ueberfluss pendelt Dollfuss zwischen Paris und Rom in der Aussenpolitik, im Innern einmal mit Starhemberg oder wieder mit Viceminister Winkler, der eine gesonderte „nationale Vereinigung“ führt, um Oesterreich vor dem Nationalsozialismus und Marxismus zu retten. Die Wirtschaftslage wird immer unhaltbarer, Streiks von grossem Ausmass drohen die Gefahren im Innern noch zu verschärfen, der Nationalsozialismus hebt immer kühner sein Haupt empor, wenn die Regierung auch noch so sehr mit halben Massnahmen durchgreift und den Krieg zugleich nach allen Seiten zu führen bemüht ist. Aus den letzten Programmreden von Dollfuss kann man entnehmen, dass er und seine Bundesgenossen im Kabinett den Neuaufbau auf ständischer Grundlage vollziehen will, also einen autoritären Staat, ohne parlamentarische Vertretung und gegen die breiten Arbeitermassen gerichtet, man will zurück ins Mittelalter. Und bezeichnend sind die Reden seiner Getreuen, die insbesondere in der Heimwehr jene Prätorianergarden geschaffen haben, die in Oesterreich das Handwerk der SS und SA nach reichsdeutschem Muster durchführen sollen. Eine andere Sache ist, wie lang dieses Spiel getrieben werden soll, bis einen schönen Tages doch die oesterreichische Legion jenseits der Grenze eingreift.

Fürst Starhemberg, der Führer der Heimwehren weilte einige Zeit in Italien, hat dort Mussolini u. führende faschistische Grössen besucht u. spielte die Rolle des kommenden Staatsmanns, als wenn er der Abgesandte Dollfuss wäre. Zu allem Ueberfluss verliess er Italien mit einem Treugelöbnis an Mussolini, dass er nichts unversucht lassen wolle, um in Oesterreich ein gleiches faschistisches Regime aufzurichten. unter dem angeblich Italien so „glücklich“ geworden ist. In Oesterreich selbst wurden dann Heimwehrrappelle abgehalten, in denen Starhemberg in Anwesenheit Dollfuss die gleichen Gedanken predigte. ohne dass er auf Widerspruch stiess. Noch mehr: bei der Türkenfeier vor dem Rathaus forderte der Heimwehrenführer offen vom Bundeskanzler Dollfuss, dass dieser mit der „bolshewistischen“ Herrschaft im Wiener Rathaus Schluss mache, denn man wolle Taten sehen, dass der revolutionäre Plunder verschwinde, der Marxismus aus Oesterreich vertrieben werde. Es ist ja aus früheren Erklärungen Starhembergs bekannt, dass er die Unterstützung an Dollfuss nur zusagte, weil dieser im in Aussicht stellte, dass der sozialistischen Mehrheit im Wiener Rathaus bald ein Ende gesetzt werde. Nur die Anleihebemühungen in

völkerung erfahre, welche industriellen Kreise hinter dem Faschismus ständen.

Der Sonnabend, als letzter Tag, der die ganze Woche ausfüllenden Beratungen des Kongresses, dessen Entschliessungen wir schon veröffentlicht haben, brachte noch einige heisse Debatten über angestrebte, industrielle Kontrolle, Lohn- und Preispolitik der Gewerkschaften. Die vielseitigen Anregungen des Kongresses, die noch in diesem Jahre eine Konferenz sachverständiger Funktionäre beschäftigen sollen, werden zweifellos auch ungemein befruchtend auf den im Oktober zusammentretenden Parteitag der Labour-Party und auf die gesamte im steten Vormarsch begriffene Arbeiterbewegung wirken.

Arbeiterbewegung im Vormarsch

Der Kampf der englischen Gewerkschaften. — Ein Kongress der Siegeszuversicht.

„Im diesmaligen Gewerkschaftskongress pulsiert mehr Leben als in irgendeiner anderen Arbeiterpartei-Versammlung, der ich innerhalb der letzten zwei Jahre beiwohnte.“ Mit diesen Worten beginnt Alexander M. Thompson, „Arbeits-Korrespondent“ der Londoner unabhängig demokratisch-bürgerlich orientierten „News Chronicle“ seinen Bericht über den diesjährigen in Brighton zusammengetretenen Kongress der englischen „Trade Unions“.

Artur Hendersons überwältiger Sieg bei der Parlaments-Nachwahl in Clay Cross hatte die Arbeiter-Delegierten in Brighton

mit neuer Hoffnung erfüllt,

die sich in begeisterten Ovationen für den als Gast anwesenden Henderson entlud.

Zweifellos hat der Verlauf des Kongresses bewiesen, dass die Labour-Party die Folgen der letzten Wahl-Niederlage überwunden hat und mit starkem Siegesbewusstsein erfüllt ist. Das ging schon aus der Eröffnungsansprache des Präsidenten hervor, die sich gegen jede Form von Diktatur wandte und für unbegrenzte Wahl-, Rede- und Versammlungsfreiheit antrat. Walkdon bezeichnete den wirtschaftlichen Nationalismus als Barbarismus höchster Potenz. „Warum“, so meinte er, „sollen wir fortfahren, wie barbarische Wilde zu leben in Eifersucht, Argwohn und Feindschaft, raffend und scheltend, beherrscht von dem niederträchtigen Aberglauben, man müsse gerüstet sein, um den Frieden zu erhalten, beherrscht auch von der Auffassung der eigenen Bereicherung auf Kosten der Arbeit anderer?“

Walkdon streifte dann die militärische Propaganda mit einem Appell an die Jugend:

„Krieg sei kein Heldentum mehr.

Militärische Disziplin, Uniformen, Paraden, die den Kriegszeit in Friedenszeiten lebendig erhielten, wären dazu angetan, die Jugend in das mörderische Abenteuer moderner Kriegsführung taumeln zu lassen. Der Kampf für Freiheit, Demokratie und Weltfrieden erwecke höhere Fähigkeiten und eine bessere Art von Mut. Seine edlen Ziele wären stets von den besten Männern und Frauen Englands hingebungsvoll vertreten worden. Die Jugend dürfe sich nicht von falschen Idealen oder von Bewegungen verleiten lassen, die im Falle ihres Sieges jede Freiheit vernichten und wieder jene Zustände wirtschaftlicher Sklaverei herbeiführen würde, aus denen die Arbeiterschaft sich zu befreien versuche.“

Das Ergebnis des zweiten Tages der Debatten waren die stark optimistischen Ausführungen der beiden Delegierten der amerikanischen „Federation of Labour“, Burke und Madesen, über den Rooseveltschen Industrie-Reform-Plan. Beide Redner bezeichneten den Plan als den

grössten jemals von einer demokratischen Nation unternommenen Versuch systematischer Industrie-Kontrolle.

Er habe nichts mit Diktatur zu tun, näherte sich vielmehr der von der amerikanischen „Federation of Labour“ angestrebten, von der britischen Arbeiterbewegung inspirierten industriellen Demokratie. Als Ergebnis wäre eine rapide Aenderung industrieller Verhältnisse zu verzeichnen. Das Gesetz bringe völlige Unterdrückung der Kinderarbeit unter 16 Jahren, den Sechsstundentag und die Fünf-Tage-Arbeitswoche, steigende Löhne und Anerkennung der Gewerkschaften durch die Arbeitgeber. Eine amerikanische Gewerkschaft habe infolgedessen

200 000 neue Mitglieder in zwei Wochen gewonnen.

in einem Distrikt des Ostens sei die Mitgliedschaft sogar um 100 Prozent gestiegen. Die Zukunft berechtige zu den besten Hoffnungen, ein bemerkenswerter Wechsel sei in der öffentlichen Meinung Amerikas zu verzeichnen. Die Wichtigkeit des Lohnarbeiters als sozialer Faktor wäre in der Auffassung der Nation nun fest verankert. Arbeit und gute Löhne für alle befürworte man allseitig.

Einen Höhepunkt in den Verhandlungen des Kongresses bedeutete die grosse Rede des Generalsekretärs Citrine über die „Gefahr des Faschismus und der Diktatur“, die der Präsident als historisch bezeichnete und die selbst von dem sehr kritisch veranlagten Oppositionsredner, dem Unterhausmitglied Bevan, als eine der fähigsten Verteidigungsreden demokratischer Freiheit anerkannt wurde. Nach einer ausführlichen Rekapitulation der deutschen Verhältnisse kam Citrine auch auf Russland zu sprechen. Die russische Revolution habe ihren Feinden ein lehrreiches Beispiel dafür geliefert, wie die Massen durch wenige Leute gelenkt werden könnten. Wolle man aber in England das russische Vorbild proletarischer Diktatur befolgen, so sei eine Niederlage gewiss. Der Generalrat der Gewerkschaften werde die ganze Macht der Bewegung

gegen Diktaturen jeder Art

einsetzen.

I. Bromley, von der Lokomotivführer-Union, der die später einstimmig angenommene Resolution gegen den Faschismus jeglicher Art einbrachte, erwähnte als ein sehr gefährliches Triumvirat Lord Beaverbrook, Winston Churchill und Lord Lloyd, welcher letzterer kürzlich im Ausland mit dem Faschismus geliebäugelt habe. Der Faschist Mosley sei, wie er, Redner, ihn kenne, ungefährlich, aber die genannten drei Herren müssten endlich aus ihrem Versteck hinausgejagt werden, damit die Be-

Frankreich haben es bisher hinausgezogen, dass Starhembergs Wünschen nicht Rechnung getragen werden kann, weil Paris die Achtung der Verfassung und die Funktion des Parlaments wünscht, Dinge, die Dollfuss zu umgehen bemüht ist, um sich gegen den Ansturm der Heimwehren halten zu können. Die Position der Regierung ist die denkbar ungünstigste, sie hält sich ausschliesslich unter dem Schutz des Auslandes und der Passivität der Sozialdemokratie, die keine Ursache hat, durch eine Offensive gegen Dollfuss die Geschäfte der Nationalsozialisten zu besorgen.

Nun hat auch die „Vaterländisch - nationale Front“ ihr Programm am letzten Sonntag offenbart. Es ist die Unterstützung Oesterreichs, mit Dollfuss an der Spitze, wenn dieser von den Plänen Starhembergs abrückt, also weder den braunen, noch den schwarzen Faschismus duldet, hingegen die Verfassung nach ständischem Muster reformiert, die Parteien verschwinden lässt und den Marxismus u. Sozialismus in jeder Form vernichtet. Forderungen, die also mit einem Teil der Wünsche Starhembergs zu vereinbaren sind wenn wiederum auch ein Teil gegen die Heimwehren gerichtet ist. Das ist der innere Kampf, den Dollfuss zu überwinden hat. Und nun hat auch der deutsche Reichsaussenminister Neurath eine Erklärung vor der Auslandspreste abgegeben, die nicht anders gedeutet werden kann, als wenn die Hitlerregierung das Problem Oesterreichs nicht als ein aussenpolitisches, sondern rein deutsches Innenproblem ansehen will und sich vollkommen freie Hand behält, um Wien unter das Kommando Berlins zu bringen, als jede Einmischung des Auslandes ablehnt. Die oesterreichische Regierung hat nur durch eines ihrer Organe erklären lassen, dass es sich jeden Angriff auf Oesterreich verbietet, selbständig bleiben wolle, gute Beziehungen wünsche, aber die deutschen Methoden für Oesterreich ablehne, im übrigen auf den Schutz des Auslandes rechne, eventuell seine Frage auch vor dem Völkerbund vertreten könne. Sollte die oesterreichische Legion aus Bayern dennoch einen Vorstoss gegen Oesterreich wagen, so werde ihr ein militärischer Empfang zuteil, der also den Bürgerkrieg bedeute. So sieht die Situation in Oesterreich aus, während die Parteien bemüht sind, sich die Vernichtung anzukündigen.

Den Dingen klar ins Gesicht sehend, muss gesagt werden, dass die Sozialdemokratie schweren Hemmungen ausgesetzt ist, da ein aktiver Eingriff in diese politischen Gegensätze die Nationalsozialisten, Heimwehren und die vaterländischen Fronten sofort gegen die Arbeiterklasse vereinigen würde. Welche Rolle der Arbeiterschaft, bzw. der Sozialdemokratie, in der ständigen Verfassung zugebilligt wird, ist noch nicht zu übersehen. Aber die Nationalsozialisten wollen nichts von ihrer Taktik nachgeben, sondern unter allen Umständen Berlin über Wien bestimmen lassen. Stahremberg will, wiederum selbst kommandieren und sich nichts von den Nationalsozialisten dreinreden lassen, so dass der Kampf zunächst zwischen braunen und schwarzen Faschismus geführt wird. Mit welchem Ausgang, das ist noch ungewiss, wenn Dollfuss die Dinge treiben lässt und sich nicht nur gegen die Nazis, sondern auch gegen die Hähnenschwänze Starhembergs entschieden wendet. Sonst steht Oesterreich im Zeichen des Bruderkrieges zwischen braun und schwarz!

Danzig-polnisches Abkommen unterzeichnet

Das Protokoll über die Durchführung des Danzig-polnischen Abkommens über die Ausnutzung des Danziger Hafens ist Montag in Warschau unterzeichnet worden.

GILGI EINE VON UNS

Irmgard Keun

Martin sitzt aufrecht im Bett — „Natürlich, Kleine — tu' nur, was du für richtig hältst. Wie dumm sind wir doch gestern gewesen! Hab' ich dir ganz unnütz Kummer gemacht, nicht wahr? Ich werde mich schnell anziehen, und wenn du willst, komme ich mit dir...“

„Lass nur, Martin, ich möcht' lieber sofort gehen — da kann jetzt jede Minute wichtig sein. Und warte nicht erst auf mich, ich werd' gleich von der Friesenstrasse aus zum Arbeitsamt gehn. Und sei pünktlich heute mittag zum Essen da — ich koch' was besonders Schönes. Wiedersehn, Liebling — schlaf nicht wieder ein — und vergiss nicht den Zahnarzt!“ Schon an der Tür — läuft Gilgi noch einmal zurück, küsst Martin hastig auf Nacken und Hals und Augen — „nein, halt' mich nicht fest, Liebling — leb' wohl — bis heut' mittag...!“

Friesenstrasse. Vor dem Haus, in dem der Hans und die Hertha wohnen, stehen Leute, sind anscheinend durch irgend etwas aufgeregt — sprechen, gestikulieren — Gilgi beachtet sie nicht, öffnet die Haustür — ein Klumpen Weiber im Treppenflur — raschelndes Schwatzen... Gilgi bleibt stehen, zieht aus dem Handtäschchen ein blaues Briefkuvert mit den sieben Hundertmarkscheinen, nimmt die Ringe — sind doch noch alle da? Ach, wie froh werden sie sein, die da oben! Immer

Alltag im Dritten Reich

50 Jahre Zuchthaus für Marxisten

Das Bonner Schwurgericht verurteilte nach fünftägiger Verhandlung die früheren Mitglieder der SPD Klett und Sattler zu je 12 Jahren Zuchthaus, Dick zu 10 Jahren Zuchthaus, Lemmer und Schröder zu je 8 Jahren Zuchthaus. Allen Angeklagten werden die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 10 Jahren aberkannt. Zehn Angeklagte wurden freigesprochen. Die Angeklagten hatten in der Nacht zum 15. Februar vom Volkshaus in Siegburg aus auf vorbeikommende Nationalsozialisten geschossen, wobei der SS-Mann Müller getötet wurde.

Deutschland gibt nach

Am Nürnberger Parteitag wurde der Ortsgruppe Kehl der Nazipartei eine Standarte geschenkt, die als Standort der Gruppenleitung „Strassburg“ in der Aufschrift verzeichnet hatte. Daraufhin hat die französische Regierung beim Aussenminister v. Neurath interveniert und auf die hochverrätischen Bestrebungen in dieser Aufschrift hingewiesen. Zunächst erklärte die Reichsregierung, dass mit der Aufschrift keinerlei Bestrebungen auf französische Gebiete gemeint seien, und als sich der französische Botschafter mit dieser Erklärung nicht zufrieden gab, ist nunmehr die Standarte Kehl, mit der Aufschrift „Strassburg“ eingezogen worden, wodurch der Zwischenfall beendet ist. Die Reichsregierung hat damit, gegenüber den Absichten des Naziparteitags, einen Rückzug angetreten.

„Wenn du einen dieser Leute siehst, töte ihn!“

Der „Daily Herald“ meldet, dass in einem deutschen nationalsozialistischen Klub im Londoner Westend die Photographien von dreihundreisig deutschen Emigranten ausgehängt sind, denen von der Reichsregierung die Staatsbürgerschaft aberkannt wurde. Unter den Photographien befinden sich folgende Inschriften:

„Wenn du einen dieser Leute siehst, so töte ihn. Ist es ein Jude, dann schlage ihm alle Knochen entzwei!“

Unter den Photographien befinden sich die Bilder der meisten sozialdemokratischen Führer Deutschlands, unter ihnen Scheideman, Breitscheid, Otto Wels, Chefredakteur Stampfer usw.

Roosevelt oder Ford?

2,2 Millionen Arbeitslose weniger. — Erfolgreiche Streiks.

Durch Eingreifen des Generals Johnson sind eine Reihe von Streiks um die Anerkennung der Gewerkschaften mit Erfolg beendet worden, nachdem die Arbeitgeber sich für Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung aussprachen. Im Zusammenhang mit der Aktion für Wirtschaftsankurbelung, gibt das Arbeitsministerium bekannt, dass seit März dieses Jahres etwa 2,2 Millionen Arbeiter neu eingestellt worden sind und die Gesamtsumme der Wochenlöhne sich um etwa 40 Millionen Dollar gehoben habe. Im Vergleich zu 1926 ist der Lohn um etwa 48 Prozent gestiegen. Der Autokönig Ford hat den Arbeitscode bisher nicht anerkannt, hingegen aber etwa 5000 Kriegsteilnehmer, Familienväter, in seine Betriebe neu eingestellt, wobei ausdrücklich darauf verwiesen wird, dass weder eine Lohnerhöhung, noch eine Arbeitszeitverkürzung, in Frage komme.

zwei Stufen auf einmal genommen — wie das Herz klopft, den Atem schnürt's einem ab. Warum bin ich denn traurig? So eine wehe Traurigkeit in allen Knochen... ich hätte gestern abend hierhergehn sollen, dann brauchte ich mich nicht so bedrückt zu fühlen — ach, Unsinn, das ist ja übertriebene Gewissenhaftigkeit — ist ja jetzt auch noch nicht zu spät...

Die Tür vom Mansardenzimmer ist halb geöffnet. Ein fremder Mann kommt aus dem Zimmer — Gilgi prallt fast mit ihm zusammen. Der Mann hat eine Mütze in der Hand — der Mann sieht Gilgi an — der Mann macht den Mund auf — schwarze Zahnlücken, aus denen Worte kriechen... „Wollen Sie zu denen da? Die sind tot. Vor einer halben Stunde hat man sie fortgebracht. Tot. Alle vier. Gas. Einen Brief hat der noch geschrieben. — vorher — — — der hat's satt gehabt. Ich hab's auch bald satt. Guten Morgen.“ Der Mann setzt die Mütze auf. Langsam verhallt ein schwerer Schritt auf der Treppe...

Gilgi fast fester das Kuvert und die Ringe...solche Träume darf man doch nicht haben — das ist widerlich — solche Träume... Sie klopft an die halbgeöffnete Tür — so ein knöcherner Laut... tack, tack, tack... alles ist still hier oben. Jemand hat gesagt, dass ich tausend Stunden hier klopfen muss — tack, tack, tack — ich habe rote Schuhe an und mein blaues Kleid — wie kommt es denn, dass ich zu meinem blauen Kleid die roten Schuhe angezogen habe? Das ist mir doch noch nie passiert — tausend Stunden muss ich klopfen... warum steht auf Strassenbahnscheinen so

Max Hölz ertrunken

Wie aus Moskau gemeldet wird, ist der bekannte deutsche Kommunistenführer Max Hölz bei einer Bootsfahrt auf dem Oka-Fluss, in der Nähe der Stadt Gorki, ertrunken. Hölz, der Husar im Weltkrieg wiederholt verwundet wurde, ist nach dem Zusammenbruch Vorsitzender des Arbeiterrats in Falkenstein im Vogtland geworden und übernahm während des Kapp-Putsches die Organisation der Abwehr in Sachsen. Als die Reichswehr seinen Aufstand niederschlug, floh Hölz nach Mitteldeutschland und organisierte hier den zweiten Aufstand, insbesondere war er Führer des Putschs im Leunawerk. Zunächst gelang es ihm, zu entkommen, er wurde später doch festgesetzt und zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt, obgleich es später festgestellt wurde, dass der, ihm zudiktierte Mord an einem Gutsbesitzer nicht von ihm verübt worden ist. Durch die Bemühungen des Reichstagspräsidenten Löbe wurde Hölz amnestiert und zog nach Russland, wo er sein bekanntes Buch „Vom weissen Kreuz zur roten Fahne“ schrieb. Hölz wurde des öfteren mit verschiedenen Putschgerüchten der Kommunisten in Zusammenhang gebracht, obgleich er faktisch mit diesen nichts zu tun hatte. In Russland wurde er zunächst mit grossem Triumph empfangen, aber bald nach seiner Agitationstourer beiseite gestellt, ohne je wieder in der kommunistischen Bewegung eine Rolle gespielt zu haben.

Einsteins demokratisches Credo

Professor Einstein hat einen offenen Brief veröffentlicht, in welchem er die Frage, was er von Diktaturen hält, folgendermassen beantwortet: Jede gewalttätige Macht ist eine Feindin der Menschlichkeit, da sie Einzelpersonen durch Gewalt oder Terror knechtet. Sei es unter der Flagge des Faschismus oder des Kommunismus oder ähnlichem. Je der Fortschritt der Gesellschaft beruht einzig und allein auf der Möglichkeit einer dem Einzelnen überlassenen freien Entwicklung.

Die Arbeiterpartei für de Valera

Der irischen Regierung de Valera, deren Existenz durch den kürzlich erfolgten Zusammenschluss der Oppositionsparteien in der Vereinigten Irlandpartei gefährdet erschien, ist es gelungen, im Parlament vertreten ist, eine Verständigung herbeizuführen, die ihr eine ständige Mehrheit sichert.

Die Arbeiterpartei, die auch bisher meist in der Partei de Valeras stimmte, hat nach Besprechungen mit Mitgliedern des Kabinetts, in denen die künftige Sozialpolitik der Regierung festgelegt wurde, beschlossen, de Valera auch weiterhin zu unterstützen.

In den Verhandlungen soll auch eine Einigung über die Massnahmen erzielt worden sein, mit denen „dem englischen Angriff auf das Wirtschaftsleben der irischen Nation“ begegnet werden soll. Da der Regierungsblock nun im Parlament über 85 Stimmen verfügt, während die Opposition unter dem Einschluss von neun Unabhängigen nur 68 Stimmen aufbringen kann, dürften die Hoffnungen General O'Duffys, die Regierung zur Ausschreibung von Neuwahlen zwingen zu können, zu nicht gemacht worden sein.

furchtbar viel drauf — ich möchte wissen, was das alles bedeutet, was auf den Strassenbahnscheinen steht... tack, tack, tack — ob ich jetzt tausend Stunden geklopft habe? Die Türklinke ist blind und hat dunkle Flecken — man müsste die Klinke mal putzen mit... ja, wie heisst das Zeug mit dem man Klinken putzt? Wie heisst das denn, ich muss auf den Namen kommen... jetzt ruft mich die schmutzige Klinke nach meiner Hand — ich muss sie anfassen... Gilgi geht in das Zimmer, zieht die Tür hinter sich zu. Das Fenster ist aufgerissen, die Betten sind grau zerwühlt. Ein ekelhafter, süßlicher Geruch kriecht über den Boden — an einem herauf... ich habe rote Schuhe an — und auf Strassenbahnscheinen steht furchtbar viel drauf... ich weiss, dass ich rote Schuhe an habe... ich weiss noch mehr... ich weiss, dass die rot sind — die Hans und die Hertha und die kleinen Kinder — Hans — Hertha — haben denn Tote auch noch Namen? Ich bin nicht irrsinnig, ich bin ganz wach und klar und kalt und gar nicht traurig — bin gar nichts mehr. Gilgi tritt an das geöffnete Fenster, beugt sich weit hinaus... sieht tief unter die Strasse... man muss sich entscheiden — und man darf nicht davonlaufen...ich weiss alle... — alles — die sind tot — was ist das? — die sind tot, weil ich gestern nicht gekommen bin — ich muss ich ganz zu Ende denken — das bleibt mir nicht erspart — da muss ich weiter denken... weiter — weiter — weiter — ganz genau denken — nichts auslassen... die sind hier gestorben, während ich mit Martin... Hyazinthen in schwarzen Vasen... (Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien

Politische Versuchsballons?

In der Wojewodschaft Schlesien ist eine ziemliche politische Ebbe bemerkbar. Der Schlesische Sejm befindet sich in Ferien, obgleich seine Aktivität für den Septembertag angesagt war, und die Mitte des Monats sollte bereits eine Plenarsitzung stattfinden. Ausser ziemlich zahlreichen Urteilen auf dem Administrationswege, werden staatsfeindliche Bemerkungen einiger überhitzten Nationalisten, hört man ziemlich nichts, was die politische Bewegung erzeugt hätte, wenn wir von der Auslegung der Anleihezeichnungen absehen, für die die reinsten Begeisterung vorhanden zu sein scheint, wenn man die Liste ansieht, welche die Namen trägt, die für die Anleihe werben wollen. Wenn jeder der „Werber“ nur einen Anteil zeichnet, dann wird die Wojewodschaft an der Spitze aller in Polen stehen, die ihr Opfergut dem Vaterland darbringen wollen. Vorausgesetzt, wenn die Unterzeichnung des Aufrufs zur Zeichnung nicht dazu benutzt wird, um sich von der Teilnahme an der Anleihe zu drücken, wie ein boshafter „Werber“ hierzu bemerkt hat.

Aber das ist ja auch nicht der Zweck der heutigen Zeilen vom politischen Versuchsballon. Im Herbst sind in der Wojewodschaft Kommunalwahlen anberaumt. Im schlesischen Teil will man bei einer gewissen Aktivität nach Schaffung einer politischen Einheitsfront bemerkt haben, wobei eilige Meister sofort ihre Kombinationen aufstellen, wie ungefähr gehen wird, wobei man naturgemäss den Sozialisten die Niederlagen voraussagt und den deutsches, gegenüber den Christlich-Sozialen, einen Sieg zuschustert. Gleichviel sollen jedenfalls die Kommunalwahlen stattfinden, vielleicht als Generalaufakt, um die Stimmung für den schlesischen Teil vorzubereiten. Plötzlich findet sich aber auch schon ein sogenanntes regierungsfreundliches Blatt, welches aus zuverlässiger Quelle natürlich erfahren haben will, dass in Oberschlesien die Kommunalwahlen auf etwa 2 Jahre hinaus verschoben werden sollen. Als Grund wird angegeben, dass es der Schlesische Sejm versäumt habe, die für ganz Polen verbindlichen Selbstverwaltungsgesetze anzunehmen, bzw. durchzuführen. Zwar ist gerade das Gesetz über die Selbstverwaltung für die Wojewodschaft Schlesien nicht verbindlich, weil auf Grund der Autonomie der Schlesische Sejm sich sein eigenes Gesetz schaffen kann und die Zentralregierung auch bisher dem Sejm das fragliche Projekt noch nicht vorgelegt hat, aber man merkt, man möchte in dieser Zeit Wahlen irgendwelchen Körperschaften aus dem Wege gehen. Und hier liegt auch der Hund begraben.

Mann will die Stimmung abtasten und wird erfahren, dass innerhalb der patriotischen Parteien wenig Lust vorhanden ist, Neuwahlen zu den kommunalen Körperschaften durchzuführen. Greift man so auf gelegentliche „freundschaftliche“ Besprechungen zurück, so war es die Sorge um die Radikalisierung der breiten Volksschichten, man will extremen Elementen den Zugang versperren und die bisherigen Fronten das Dasein sichern. Nun, die Arbeiterschaft hat kaum ein Interesse, in die Kommunen sich zu drängen, nachdem die Kassen leer und die Wirtschaft in manchen nicht gerade günstig steht. Es scheint, dass man schon jetzt politische Versuchsballons steigen lässt, um schliesslich dem Schlesischen Sejm nahelegen, der Hinausschiebung der Neuwahlen zuzustimmen, bis, ja, bis man eben die Zeit für geeignet findet. Es ist nicht die Radikalisierung allein, manche Parteien haben alle Ursachen, die Abrechnung für ihre segenreiche Tätigkeit in den Kommunen zu fürchten und darum die Sorge um Neuwahlen.

Doch wieder Schein-Arbeitsgemeinschaft

Ueber den umrühmlichen Tod der sogenannten Arbeitsgemeinschaft haben wir in unserer letzten Nummer ziemlich ausführlich berichtet. Wir gaben der Ansicht Ausdruck, dass die Polnische Berufsvereinigung nun zur Schaffung der Einheitsfront mit der Federacja Pracy bereit sein wird. Nun teilt die polnische Presse mit, dass sich aus den polnischen Organisationen, die mit den deutschen Gewerkschaften gemeinsam die Arbeitsgemeinschaft gebildet haben, nun eine „neue Arbeitsgemeinschaft“ konstituiert hat, die die gleiche Führung besitzt, wie der galvanisierte Leichnam. Der Zweck war also lediglich die Ausschiffung der deutschen Gewerkschaften. Wir wollen absichtlich nicht auf die Gründe eingehen, denn diese hat die „Polska Zachodnia“ genügend dargelegt. Man will also noch nicht mit vollen Segeln zur Sanacja hinüber, weil, nun sagen wir, weil gewisse Voraussetzungen noch nicht erfüllt sind. Aber es wird nicht mehr lange dauern, und sie kommt doch unter die Führung der Federacja Pracy und zieht bereits einen klaren Strich, indem sie darlegt, dass mit demagogischen und sozialistischen Organisationen keine Zusammenarbeit möglich ist. Will man die Worte wirklich verstehen, so heisst der Kampf für die Zukunft der Arbeiterbewegung mit der Sanacja: wir Christen gegen die Sozialisten. Nun, wir glauben kaum, dass innerhalb der polnischen Klassenkampforganisationen irgend

Rettung der Wirtschaft oder der Sanacja?

Die Tagung des Regierungslagers. — Der Wojewode über aktuelle Wirtschaftsfragen. — Hilfe für alle Volksschichten. — Kontrolle der Industrie. — Umfassende Rettungsresolutionen

Nach dem Muster der Warschauer Tagung des Regierungslagers, welches sich vor dem Zusammentritt der Weltwirtschaftskonferenz, mit den polnischen Wirtschaftsverhältnissen beschäftigt, hat nun das Sanierungslager der Wojewodschaft für Sonntag nach Kattowitz eine gleiche Tagung einberufen welche in der Aula des Technischen Instituts abgehalten wurde und von allen Schichten der Bevölkerung zahlreich besucht war, die dem Regierungslager nahe stehen. Man wird die Zusammenkunft doch nur aus der Zwangslage verstehen, in welcher sich auf oberschlesischem Boden die Regierungspartei befindet. Darum hatte auch die Tagung den Charakter einer offiziellen Erklärung über die nächsten Aufgaben der massgebenden Faktoren und was die Inszenierung anbetrifft, so muss man die Regie als in jeder Hinsicht gelungen bezeichnen. Als Hauptredner des Tages gab der Wojewode Dr. Grażyński in einem sehr ausführlichen Referat ein Programm bekannt, welches den Tendenzen der Regierung entspricht und sich nur wenig von den verschiedenen Reden unterscheidet, die wir so oft gehört haben. Die guten Absichten, allen Bevölkerungskreisen helfen zu wollen, die Arbeitslosigkeit zu vermindern und sogar die Industrie unter Kontrolle zu setzen, wenn diese nicht den Anforderungen der Volksgemeinschaft entspricht, sind alle sehr loblich, nur ist die eiserne Wirklichkeit unter ganz andere Gesetze gestellt, auf welche auch das Regierungslager keinen Einfluss hat, sondern sich mit Naturnotwendigkeit der Zwangsläufigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsweisen anpassen muss. Und solange wir unter dem kapitalistischen Einfluss leben, wird auch die Wirtschaft nach diesen Gesetzen bestimmt, nichts kann internationalen Ausbeuter daran hindern, weitere Gruben und Werke einzustellen und weitere Arbeitslosenbataillone zu formen. Hier fehlt eben sowohl der Regierung, als auch den Behörden jede Möglichkeit und alles, was darüber hinaus unternommen wird, sind Rettungsversuche, deren Gelingen immer in Frage gestellt sein wird. Dass es auch an Vergleichen zwischen Russland und Hitlerdeutschland nicht gefehlt hat, sei nur nebenbei bemerkt, wie kennzeichnen eben die Versuche, aus der kritischen Situation heraus zu wollen, in denen sich unsere Wojewodschaft befindet, und deren politische Gestaltung gibt sicherlich zu den grössten Besorgnissen Anlass, wenn man auch auf der Tagung über diese kritischen Dinge etwas leichter hinweg ging und dafür mehr die Redner des Tages feierte.

Das zweite Referat an dieser Tagung hielt der Viceminister Lechnicki, der zunächst Oberschlesien und seine Industrie feierte und dann das Programm der Regierungsarbeiten entwickelte, wie man um die Ueberwindung der Krise bedacht ist. Auch hier keinerlei neue Gesichtspunkte, sondern eben

die besagten guten Absichten, helfen zu wollen, um aus der kritischen Situation hinaus zu können. Wieder die Versicherung, dass das Bestreben dahin ginge, sich vom Ausland unabhängig zu machen, nach Möglichkeit die besten Beziehungen zum Ausland zu unterhalten und unter allen Umständen die Stabilisierung des Zlotys zu erhalten. Fragen, die für jedes Land von ungeheurer Bedeutung sind. Im übrigen bewegten sich seine Ausführungen im Rahmen der Resolutionen, die an der Warschauer Tagung beschlossen wurden und mit denen wir uns bereits ausführlich beschäftigt haben. Es bedarf wohl kaum der Bedeutung, dass die Regierungsvertreter mit lebhaftem Beifall bei ihren Referaten bedacht wurden, nur muss auch unterstrichen werden, dass, solange man am heutigen Wirtschaftssystem festhält, von niemanden zu erwarten ist, dass er an den bestehenden Verhältnissen etwas ändern kann. Und so wird eben auch den Ausführungen des Wojewoden Dr. Grażyński und des Viceministers Lechnicki keine andere Bedeutung beigemessen werden können, als die des guten Willens, mit dem allein allerdings wenig der Allgemeinheit geholfen ist.

Im Rahmen dieser Tagung sind dann noch eine Reihe von Referaten gehalten worden, die in besonderen Kommissionen vorbereitet wurden, wir wiederholen, ganz nach dem Muster der Warschauer Tagung, die mit entsprechenden Resolutionen ihren Abschluss fand. So gab es Kommissionen für Industrie und Landwirtschaft, für Handwerks- und Arbeiterfragen, für Handel und Finanzen, sowie für die Selbstverwaltung. Welche Beschlüsse zur Durchführung gefasst worden sind, geht aus den bisherigen Veröffentlichungen der Regierungspresse noch nicht hervor. Nun ist es ja auch Schicksal offizieller Parteien, dass sie wohl das Recht der Wunschforderungen haben, darüber hinaus aber eben dem Gesetz der Zwangsläufigkeit unterordnet sind. Der Tagung eine besondere Bedeutung beimessen zu wollen, wäre mindestens übertrieben. Mehr war hier Vater des Gedankens, eine gewisse Beruhigung im Rahmen des Sanierungslagers zu erzeugen, und da bleibt es dahingestellt, ob der Zweck erreicht worden ist. Denn der Alltag zeigt das ganze Elend, die wachsende Not, die mit Beginn des Winters schärfere Formen annehmen wird und an denen keine Resolutionen des Sanierungslagers, die Wirtschaft wird wohl kaum von dieser Rettung betroffen. Und mit guten Absichten allein kann der Wirtschaft nicht geholfen werden, sie völlig umzugestalten, im Eigentum der Allgemeinheit überzuleiten und eine planvolle Produktion durchzuführen, um allen Arbeit und Brot zu sichern, — zu diesem Ziel kann kein Regierungslager aufbegehren, solange es selbst unter dem Einfluss der kapitalistischen Gesetze steht.

Aus der Parteibewegung

Nach einer reichlichen langen Unterbrechung in den Sommermonaten hatte der Kattowitzer Ortsverein der D. S. A. P. für Freitag vergangener Woche eine Mitgliederversammlung einberufen. Mit den üblichen Begrüßungsworten eröffnete Genosse Peschka die Zusammenkunft, worauf das Protokoll verlesen und genehmigt wurde. Hierauf fanden sowohl für die Partei, als auch für die „Arbeiterwohlfahrt“. Ergänzungswahlen statt, welche sich teils durch Todesfall, teils durch Wegzug usw. notwendig zeigten. Als 2. Ortsvorsitzender ging aus der Wahl Genosse Wittholz hervor, als Beisitzer für Zalanze Genosse Lukaszczyk, für Zawodzie Korzynna. Den ersten Vorsitz der Frauengruppe übernahm laut Wahl Genossin Kowoll. Die Frage des Kassierers wird auf andere Weise geregelt werden.

Hierauf ergriff Genosse Kowoll das Wort zum politischen Referat, welches in ausführlicher und klar verständlicher Weise die wichtigsten Probleme der Gegenwart ins Rollen brachte und vor allem die Stellungnahme der Arbeiterklasse in diesem Kampf scharf präziserte. Auch die Rolle der Jugend fand genügende Beachtung. Referent, welcher die Ereignisse in Deutschland als Ausgangspunkt benutzte, ging dann zur Lage anderer Länder über und zeigte auf, welcher Weg zu gehen ist, wenn der Faschismus, und damit die drohende Kriegsgefahr, aufgehalten werden soll. Nur die sozialistische Tat, aber in anderer, neuerer Form, als bisher, wird der Arbeiterklasse den Weg weisen! Eine Diskussion erfolgte nicht, da die Anwesenden mit den Ausführungen übereinstimmten.

Unter „Verschiedenes“ regte Genosse Matzke die Abhaltung einer Parteiversammlung an einem Sonntag an. Es wurde demgemäss beschlossen. Ferner wurde, ebenfalls auf Anregung des genannten Genossen, die Frage „Presse“ lebhaft erörtert. Man wird versuchen, allen Wünschen nach Möglichkeiten Rechnung zu tragen, aber jedes Parteimitglied muss auch bestrebt sein, für das Arbeiterblatt zu werben, damit wir über die schwere Zeit, die wir jetzt durchleben, hinwegkommen. Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, wurde die Versammlung mit den proletarischen Rufen geschlossen.

Lust vorhanden ist, sich mit den Bankrotteuren der Grajekschen Arbeitsgemeinschaft irgendwie an einen Tisch zu setzen. Die Arbeitsgemeinschaft der Organisation mit der Polnischen Berufsvereinigung als Führerin, hat ohnehin abgewirtschaftet und ihr wird wohl kaum irgend eine Rolle im Kampf der Arbeiterbewegung zufallen, dafür werden die Federacjalisten schon sorgen. Und so kann man es verstehen, dass die „Polska Zachodnia“ den Schritt der abgestorbenen Arbeitsgemeinschaft „lebhaft“ begrüsst!

Polnische Klagen beim Völkerbund

Auf der Septembertagung des Völkerbunds kommen auch drei Beschwerden des Polenbundes in Deutschland zum Austrag. Der Völkerbundsrat tritt bekanntlich am 23. September in Genf zusammen. Der Polenbund führt Beschwerde darüber, dass bei der Ausschreibung der letzten Reichstagswahlen die Regierung eine minderheitsfeindliche Stellung dadurch eingenommen hat, dass zur Einbringung der Wahlvorschläge für die Listen 60.000 Unterschriften in einem Bezirk erforderlich waren, und dass damit das Ziel verfolgt worden sei, die polnische Minderheit bei den Wahlen ganz auszuschalten. Die zweite Beschwerde wendet sich gegen ein Versammlungsverbot in Gröss-Strehlitz, wobei dem früheren Oberpräsidenten der Ausspruch zum geschoben wird, dass er lieber eine Versammlung verbiete, als dass dadurch einige Tote zu verzeichnen wären. Die dritte Beschwerde behandelt den Fall Potempamörder, bzw. die Ermordung des Kommunisten Piecuch. Die Mörder sind ursprünglich zum Tode verurteilt worden, wobei der jetzige Reichskanzler seine Solidarität mit den Mördern zum Ausdruck brachte, und als die Nationalsozialisten die politische Macht eroberten, wurden die Mörder Piecuchs in Freiheit gelassen und sogar von der Bevölkerung mit Begeisterung empfangen.

Neben den polnischen Beschwerden stehen auch der Fall Pietsch, seine Entschädigungsansprüche, wegen Entlassung aus dem Dienst der Laurahütte, ferner der Fall Bienek, gleichfalls eine Entschädigungssache und das Eigentumsrecht an dem Julius-Stift in Rybnik, welche von deutscher Seite geführt werden.

